9. November 2005

metallnachrichten

Kfz-Handwerk Berlin, Brandenburg und Sachsen

Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen

Verhandlung mit Tarifgemeinschaft Mitteldeutsches Kfz-Gewerbe ergebnislos

Kfz-Arbeitgeber: Provokation pur

Die erste Tarifverhandlung der IG Metall mit der Tarifgemeinschaft mitteldeutsches Kfz-Gewerbe am 7. November in Möckern brachte noch kein Ergebnis.

Tarifverhandlung in Möckern: Die Tarifkommission hält die Position der Arbeitgeber für eine Provokation

„Wir klärten Grundsatzfragen und übergaben den Arbeitgebern unsere Forderung“, sagte Verhandlungsführer Peter Friedrich von der IG Metall-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen.
Gleich zu Beginn der Gespräche stellte Friedrich klar: „Die Verhandlungskommission der IG Metall hat lediglich ein Mandat für die Bundesländer Berlin, Brandenburg und Sachsen, nicht aber für die anderen ostdeutschen Länder.“ Darüber hinaus sieht die IG Metall keine Notwendigkeit, für Berlin zu verhandeln. Dies macht wenig Sinn, weil die Tarifgemeinschaft nur ein Mitglied in der Hauptstadt hat.
Die Arbeitgeber lehnten es ab, die alten Tarifverträge wieder in Kraft zu setzen. Begründung: Diese müssten „entrümpelt“ werden, daher sei es „hinderlich“, sie überhaupt wieder hervor zu holen. So käme es nicht zu „praktikablen“ Tarifverträgen, die sie anstreben. Die Forderungen der IG Metall und der Arbeitgeber: Siehe Kasten.

Das fordert die IG Metall

- gekündigte Tarifverträge wieder in Kraft setzen
- in Sachsen Erhöhung der Einkommen um 3,5 Prozent
- in Brandenburg Angleichung der Einkommen an Berliner Niveau

Das wollen die Arbeitgeber

- Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden ohne Lohnausgleich
- Urlaub von 26 bis 30 Tagen bei einer Fünf-Tage-Woche; Anrechnung der von den Herstellern geforderten Schulungstage auf den Urlaub
- Sonderzahlung nur erfolgsabhängig

Kfz-Tarifverhandlungen in Möckern

Weg zur Einigung ist noch weit

„Die Forderungen der Arbeitgeber sind schlichtweg eine Provokation“, sagte IG Metall-Verhandlungsführer Peter Friedrich. Die derzeit bestehenden Unterschiede der tariflichen Eckpunkte könnt Ihr der nebenstehenden Übersicht entnehmen.

Die Beschäftigten sollen anderthalb bis drei Stunden in der Woche länger arbeiten, und zwar gratis, denn diese Mehrarbeit soll nicht bezahlt werden.

Mehr arbeiten, weniger verdienen

Die Verlängerung der Arbeitszeit nach dem Muster der Arbeitgeber würde den Stundenlohn senken. In Brandenburg zum Beispiel beträgt der tarifliche Ecklohn derzeit 1677 Euro monatlich. Der Stundenlohn liegt bei einer 36-Stunden-Woche also bei 10,64 Euro. Steigt die Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden, bleibt das Monatseinkommen zwar gleich, aber der Stundenlohn sinkt auf 9,88 Euro. Das hat Folgen. Denn der Stundenlohn ist Berechnungsbasis für das zusätzliche Urlaubsgeld, Sonderzahlungen und die Lohnfortzahlung bei Krankheit. Insgesamt würde also das Jahreseinkommen um rund zehn Prozent sinken.

Mit einer solchen Strategie, behaupten die Arbeitgeber, erzielen sie einen Beschäftigungseffekt. Das ist falsch, sagt die IG Metall. Bei all dem Jammern über die wirtschaftliche Situation der Branche haben sie einen ganz einfachen Zusammenhang aus dem Auge verloren. Längere Arbeitszeiten sichern keine Beschäftigung, sondern vernichten Arbeitsplätze. Sinkt dagegen die Wochenarbeitszeit, wird die vorhandene Arbeit auf mehr Schultern verteilt, und die Jobs werden sicherer.

Unterschiede in Tariflichen Regelungen

	Berlin / Brandenburg	Mecklenburg Vorpommern	Sachsen	Sachsen Anhalt	Thüringen	TMK
Arbeitszeit	36	37,5	37	37	37,5	39
Urlaub	30	29	30	28	28	30 Minus 4 für Qualifizierg
Zusätzl. Urlaubsgeld	50%	35%	50%	20%	50%	25% kann bis 50%
Sonder-Zahlung	50%	45%	50%	45%	40%	
Entgelt (100%)	11,68 € 1.829 € / 10,64 € 1.677 €	10,40 € 1.696,50 €	11,31 € 1.820 €	11,51 € 1.852 €	11,09 € 1.809 €	

Längere Arbeitszeit vernichtet 4000 Arbeitsplätze

In den Mitgliedsbetrieben der Tarifgemeinschaft in Brandenburg und Sachsen arbeiten derzeit 2500 Beschäftigte. Würde sich ihre Wochenarbeitszeit um drei Stunden erhöhen, wären im Handumdrehen 200 Arbeitsplätze überflüssig. Nimmt man dagegen für alle Beschäftigten im ostdeutschen Kfz-Gewerbe eine durchschnittliche Erhöhung der Arbeitszeit um zwei Stunden pro Woche an, wären mehr als 4000 Arbeitsplätze in Gefahr. „Das verstehen die Arbeitgeber unter praktikablen Tarifverträgen. Wir aber nicht“, sagte Verhandlungsführer Peter Friedrich.

Mit Warnstreiks und Protestaktionen hatten die IG Metaller im Kfz-Gewerbe im Frühsommer eindrucksvoll Widerstand gegen die Tarifflucht der Arbeitgeber geleistet

Die nächste Tarifverhandlung findet am 14. November 2005 um 10.30 Uhr in Leipzig statt.

Impressum: IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen, verantwortlich: Olivier Höbel, Redaktion: Marlis Dahne. Fotos: Transit Berlin (1), IG Metall (1). Druck: apm AG Darmstadt. Internet: www.igmetall.de.